



Mag. Karl Koller, Obmann von Nova EUropa

**Einleitungsreferat bei der Nova EUropa - Klausur am 14.1.2006 in der Julius Raab Stiftung:**

**"Auf dem Weg zu einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft"**

Ein herzliches Grüß Gott allen Teilnehmern unserer heurigen Klausur – besonders herzlich begrüßen darf ich die Mitglieder unseres Präsidiums - an deren Spitze dessen Vorsitzenden DDr. Friedrich König. Ein herzliches Grüß Gott unserem erst kürzlich beigetretenen Präsidiumsmitglied NR. Dr. Werner Fasslabend, dem ich als POLAK-Präsidenten auch für die Möglichkeit danke, die Tagung hier abzuhalten. Besonders freue ich mich, dass Vzkl. Dr. Josef Riegler sich die Zeit nimmt, mit uns zu diskutieren. Und schließlich darf ich die aktivsten Präsidiumsmitglieder neben dem Präsidenten begrüßen – beide arbeiten in den Arbeitskreisen mit: Prof. Heinrich Wohlmeyer und General Karl Majcen.

Hier an der Wand steht – "Vision 2020 - ein besseres Leben und eine bessere Welt sind möglich" – das bringt uns die letztjährige Klausur in Erinnerung. Vor ca. einem Jahr sind wir auch hier in diesem Raum gesessen – mit noch halb so vielen Teilnehmern – und haben beschlossen, dieses Projekt "Vision 2020" zu starten.

Unsere Analyse in unserem ersten Positionspapier hatte ergeben, dass die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

- der Klimawandel der zur Klimakatastrophe zu werden droht, sowie die ganze Problematik der Bewahrung der Schöpfung,
- die Aufgabe der Sicherung von Freiheit und Frieden für Europa in unmittelbarer geographischer Nähe zum arabisch-islamischen Raum mit seiner explosiven Mischung aus Armut, Bevölkerungswachstum und religiösem Fanatismus,
- sowie der Wunsch der breiten Bevölkerungsmehrheit am europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell festzuhalten,

dass diese Herausforderungen von den europäischen Nationalstaaten wie auch von der Europäischen Union in ihrer jetzigen Organisationsform nicht bewältigt werden können.

Unsere Schlussfolgerung war, dass es zur Bewältigung dieser Herausforderungen aus europäischer Sicht – d.h. wenn wir Akteur und nicht Spielball der Geschichte sein wollen – dass es zur Bewältigung der Herausforderungen eines zumindest kerneuropäischen Bundesstaates bedarf.

Um diese These zu untermauern haben wir uns zum Ziel gesetzt, Politiken auf unserer weltanschaulichen Basis, also christlich- bzw. ökosoziale Politiken, für eine solche Europäische Föderation zu entwickeln. Dass diese Politiken es ermöglichen, die aktuellen Herausforderungen zu meistern belegt dann im Umkehrschluss, dass eine solche kerneuropäische Föderation eine historische Notwendigkeit ist!

Angegangen sind wir das Projekt mit vier Arbeitskreisen

- Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik
- Gesellschafts- und Kulturpolitik
- Innen- und Justizpolitik
- sowie Außen- und Äußere Sicherheitspolitik

Leider war der konkrete Start der Arbeitskreise etwas zäh, was wohl daran liegt, dass die Arbeitskreisleiter alle im aktiven Berufsleben stehen und dort sehr gefordert sind. Jedenfalls sind jetzt 3 Arbeitskreise aktiv,

- Wirtschaftspolitik unter meinem Vorsitz wurde bereits im April gestartet,
- Gesellschaftspolitik unter Haralds Vorsitz wurde dann erst im November
- und Innen- und Justizpolitik unter Christophs Vorsitz erst im Dezember gestartet.
- Außenpolitik wird im Februar starten.

Ich sehe das Ganze durchaus entspannt und denke, dass der späte Start der drei Arbeitskreise ist vielleicht gar nicht so schlecht ist, weil das Papier, welches wir im Arbeitskreis Wirtschaft erarbeitet haben – den Entwurf für ein Positionspapier Nr. 3: "Auf dem Weg zu einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft – eine sehr fundamentales, grundsätzliche ist, welches für die Richtung der Diskussion in den anderen Arbeitskreisen wesentlich sein wird.

Ich werde dieses Papier bzw. dessen Thesen nun hier vorstellen,

- wir werden sie hier diskutieren,
- das Papier wird dann im Arbeitskreis weiterbehandelt werden
- und schließlich wird der Arbeitskreis dem Vorstand einen Entwurf zur Beschlussfassung vorlegen.

Ich möchte gleich vorweg betonen, dass das Papier keineswegs fertig ist und wir uns wichtige Impulse von der Klausur erhoffen.

Steigen wir in das Papier ein, und vergegenwärtigen wir uns nochmals – warum "Vision 2020"?

"Vision 2020" – deshalb, weil 2020 eine solche kerneuropäische Föderation bereit Realität sein kann. Wir gehen davon aus, dass die Zeit für die Gründung der Föderation um 2010, 2015 herum reif sein kann. 2020 leben wir dann hoffentlich schon in einer besseren Welt als heute – wenn noch rechtzeitig die politischen Weichen richtig gestellt werden.

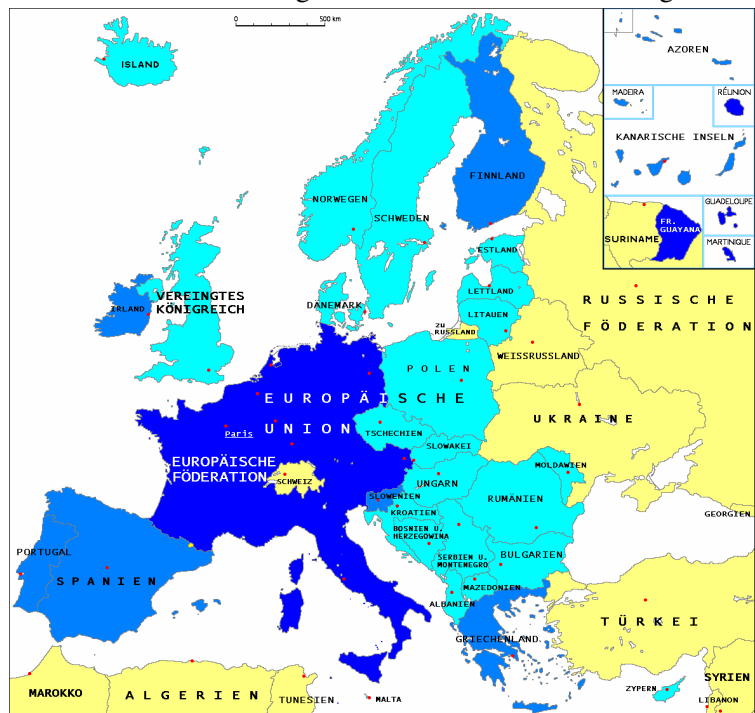
Oder es können auch jene Bedrohungen Wirklichkeit geworden sein, die in unserem ersten Positionspapier beschrieben wurden: Klimakatastrophe, Hungersnöte, Verelendung der Massen auch in den Industriestaaten, politische Radikalisierung, das Ende der liberalen Demokratien.

Nun, wir sagen, dass Voraussetzung für die Möglichkeit Europas ein positives Szenario einzuleiten – ein handlungsfähiger, starker europäischer Staat ist, der die nötige Kraft und die innere Homogenität besitzt, um das europäische Modell der Sozialen Marktwirtschaft zu einer Ökosozialen Marktwirtschaft weiterzuentwickeln und es in die Welt zu exportieren.

Wie soll dieser Staat daher ausschauen? – Das zeigt die folgende Karte.

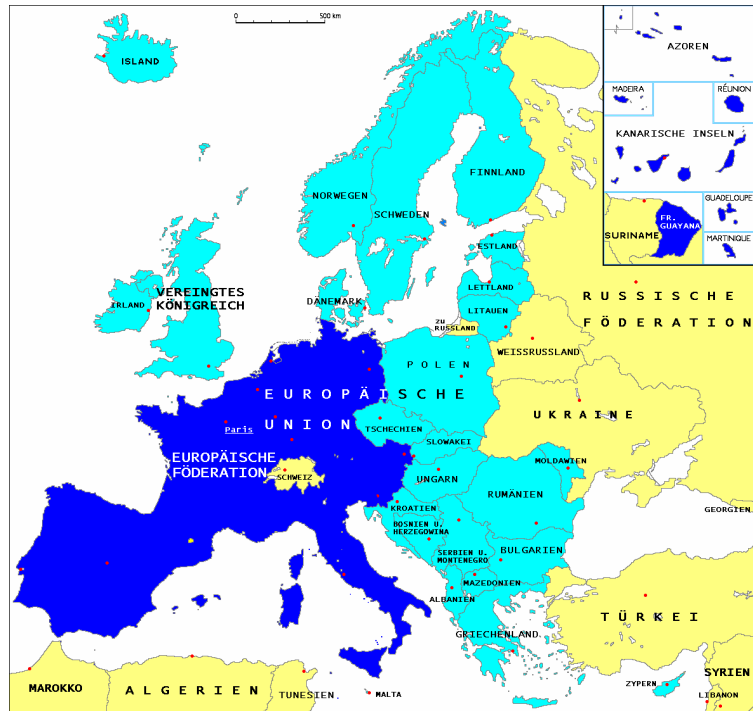
Die Staaten einer Föderation sollen – unter der Prämisse der Homogenität – der Eurozone angehören und sie sollten ein ähnliches ökonomisches und soziales Entwicklungsniveau erreicht haben.

Minimaler Kern – das wären die sechs Gründerstaaten und als Österreicher wollen wir, dass auch unsere Heimat mit dabei ist. Maximale Ausdehnung aus heutiger Sicht wäre: die genannten Staaten + Spanien, Portugal, Griechenland, Finnland, Irland und Slowenien.



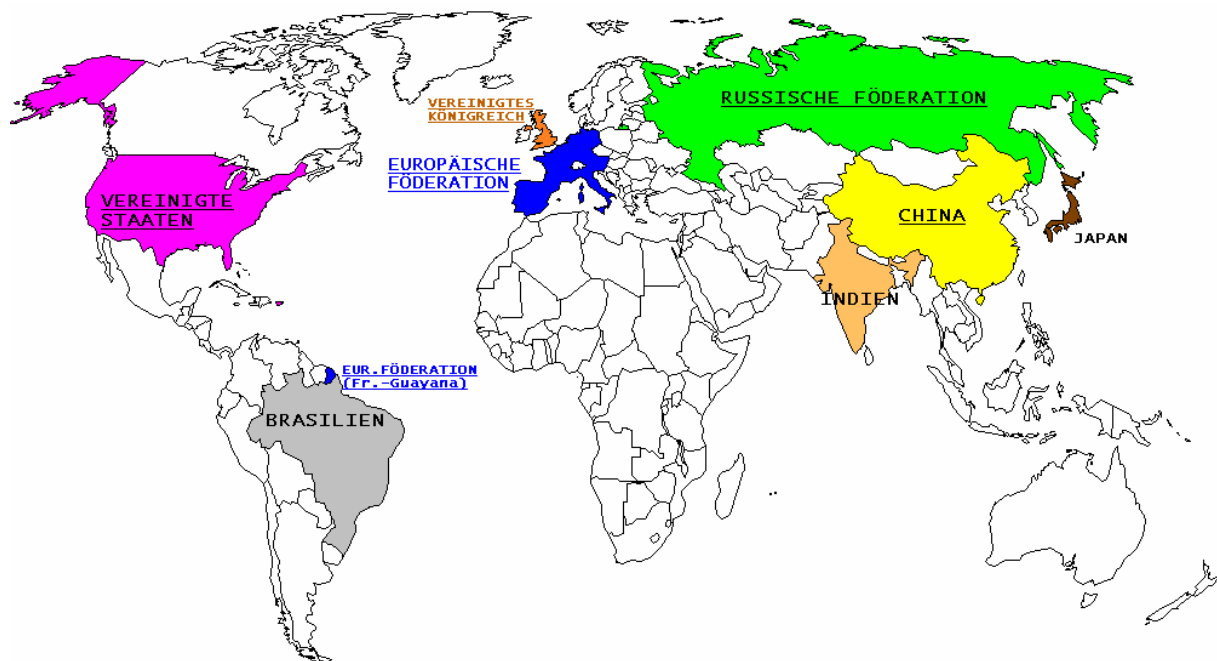
Ich persönlich würde jene Variante favorisieren: die 6 Gründerstaaten + Österreich, Slowenien, Spanien und Portugal.

Wichtig ist: Bei unserem Vorschlag handelt es sich nicht um eine engere Zusammenarbeit eines Teils der EU-Staaten, was man häufig unter "Kern-europa" versteht. Es handelt sich um den Zusammenschluss von EU-Staaten zu einem föderativen Staat!!! Die Mitgliederzahl der EU sinkt dadurch, weil sich mehrere Staaten zu einem Staat zusammenschließen!!! Und die EU bekommt ein Gravitationszentrum! Eine kerneuropäische Föderation als Gravitationszentrum der Union wird die EU wieder handlungsfähig machen, auch wenn sie – was anzunehmen ist – über Nizza nicht hinauskommt. Ohne sie und gegen sie könnte nichts beschlossen werden. Diese Stellung in Europa würde die Föderation auch für Beitritte anderer EU-Staaten attraktiv machen. Ziel muss es ja sein, dass letztlich alle EU-Staaten der Föderation beitreten und die Union in der Föderation aufgeht.



Die Föderation wäre – selbst in der Minimalvariante ein Global Player. In den Vereinten Nationen, hätte sie in der Rechtsnachfolge Frankreichs einen ständigen Sicherheitsratsitz mit Vetorecht. Auch den Status einer anerkannten Atommacht übernimmt die Föderation von Frankreich.

**UN-Vetomächte und Großmächte 2020:**



UN-Vetomächte: unterstrichen

Die Föderation wäre aufgrund ihrer Wirtschaftskraft auf dem Niveau der USA und sie hätte das Potential auch militärisch zu Amerika aufzuschließen. M.E. wäre das auch notwendig, um sich aus der sicherheitspolitischen Abhängigkeit von den USA lösen zu können und um jene Handlungsfreiheit in der Wirtschafts- und Umweltpolitik zu erlangen, die die Umsetzung des hier noch zu präsentierenden Konzepts ermöglicht.

Mit Kourou, dem europäischen Weltraumbahnhof in Französisch Guayana wäre die EF auch eine Raumfahrtmacht.

### **Jetzt kommen wir zur entscheidenden Frage:**

Was kann diese Föderation, welche Politik müsste/sollte sie machen um Europa und die Welt auf einen positiven Entwicklungspfad zu bringen?

Reicht eine Kombination bestimmter Politiken unter den gegenwärtigen globalen Rahmenbedingungen aus, oder müssen auch die Rahmenbedingungen verändert werden?

Ich möchte hier **Heiner Geißler** zitieren, der vor den deutschen Wahlen in einem Profil-Interview Folgendes sagte:

**"Die Dinge stehen auf dem Kopf: Die Wirtschaft dient nicht dem Menschen sondern beherrscht ihn. Und die Menschen verzweifeln an der Unfähigkeit der Verantwortlichen in Politik, Wissenschaft und Journalismus, Konzepte zu entwickeln, die es erlauben, Globalisierung human zu gestalten."**

**Und weiter sagte er dann: "Wir müssen uns mit dem 'internationalen Kapitalismus' auseinandersetzen ... Wir brauchen ein Konzept für eine internationale sozialökologische Marktwirtschaft!"**

Genau das – oder sagen wir es bescheidener – die Voraussetzung für ein solches Konzept wollten wir mit diesem Positionspapier schaffen.

Wer war im Arbeitskreis: unser Präsident Fritz König, Heinz Wohlmeyer unser ökologisches Gewissen, Reinhard Petschnigg unser Notenbanker und Werner Mikulitsch unser "Freihändler".

**Das Papier teilt sich in eine Analyse: "Kann Europas Wirtschafts- und Sozialmodell im Umfeld einer weitgehend deregulierten Weltwirtschaft aufrechterhalten werden?"**

Und in das **Konzept: Die "Vision Erde 2020: Systemwettbewerb Ökosoziale Marktwirtschaft versus Neoliberalismus"**.

Das **Resultat der Analyse** ist – ich nehme es gleich vorweg:

- Unter den gegenwärtigen von der Ideologie des Neoliberalismus geprägten globalen Rahmenbedingungen ist die Aufrechterhaltung des kontinentaleuropäischen Wirtschafts- und Sozialmodells – des Modells der Sozialen Marktwirtschaft nicht möglich.
- Schon gar nicht ist dessen Weiterentwicklung in Richtung einer Ökosozialen Marktwirtschaft machbar.
- Und erst recht nicht verwirklicht ist ein Export dieses Modells in andere Weltregionen.

Warum? Gehen wir das Papier durch:

- Zunächst einmal: Die Soziale Marktwirtschaft ist das erfolgreichste Wirtschaftsmodell der Geschichte! Sie brachte Westeuropa nach dem zweiten Weltkrieg breiten Wohlstand und soziale Sicherheit. Möglich wurde dies deshalb, weil man nach den katastrophalen Entwicklungen die der Wirtschaftsliberalismus ausgelöst hatte – nämlich das Entstehen von Kommunismus und Nationalsozialismus als Reaktion auf die großen sozialen Ungerechtigkeiten bzw. die hohe Arbeitslosigkeit – weil man nach diesen schrecklichen Erfahrungen erkannte, dass Marktwirtschaft zu ihrem Funktionieren eines ordnungspolitischen Rahmens, eines sozialen Ausgleichs und einer aktiven Wirtschaftspolitik bedarf.

- Diese Soziale Marktwirtschaft hätte zu einer Ökosozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt werden müssen. Für jeden, der nicht mit Blindheit geschlagen ist, ist es ja offensichtlich, dass die Menschheit durch die Verschmutzung ihrer Umwelt und den Raubbau an den natürlichen Ressourcen die Erde überfordert: der Klimawandel droht zur Klimakatastrophe zu werden, die Tropenwälder werden sukzessive abgeholzt, die Böden erodieren, Nahrungsmittel und Wasser werden knapp, die Menschheit wächst weiter Milliarde um Milliarde ...die Welt steht heute mehr denn je am Rande des Abgrunds ...das ist Faktum!!!
- Warum ist es zu dieser Weiterentwicklung zu einer Ökosozialen Marktwirtschaft nicht mehr gekommen? Ich sage – vor allem deshalb, weil der ohnehin eingeschränkte Handlungsspielraum kleiner Nationalstaaten durch das Einsetzen der Globalisierung unter neoliberalem Vorzeichen weiter verringert wurde.  
Diese Globalisierung ist auch die Ursache dafür, dass z.B. britische Ökonomen davon sprechen, dass auch die Soziale Marktwirtschaft bereits tot ist – ich habe das selbst beim letztjährigen Europaforum Wachau aus dem Munde eines Senior Political Counsellors bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung gehört.  
Es droht also ein Rückfall in die ungezügelte Marktwirtschaft ohne das Attribut "sozial". Über die Früchte, die dieses Wirtschaftsmodells hervorgebracht hat, haben wir gerade gesprochen. Ich behaupte: Auch in seiner aufgewärmten Variante als globaler Neoliberalismus wird der Liberalismus ähnliche fatale Entwicklungen verursachen!

Nun, was macht diese Globalisierung aus? Die von der Ideologie des Neoliberalismus geprägte Globalisierung der Wirtschaft hat die nationale Wirtschaftspolitik ausgehebelt. Aus dem Primat der Politik über die Wirtschaft – der Voraussetzung für eine Soziale Marktwirtschaft – ist der Primat der anonymen globalisierten Marktkräfte über die Politik geworden.

- Unternehmen und Konzerne können – bedingt durch Kapitalverkehrsliberalisierung und steten Abbau der Handelsbarrieren – ihre Produktionsstandorte an fast jeden Ort der Erde verlagern – und sie tun es oder drohen zumindest damit. Die Produktion wird dorthin verlagert, wo die Verteilung der Wertschöpfung den Produktionsfaktor Kapital begünstigt – zulasten der anderen Faktoren Arbeit und Umwelt.
- Diese Mobilität der Betriebe hat zusammen mit der steigenden Arbeitslosigkeit dazu geführt, dass die alte Balance zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite – die die Soziale Marktwirtschaft kennzeichnete – aus dem Lot geraten ist. Durch die Möglichkeit der Abwanderung – oftmals wird auch bei ausreichender Wettbewerbsfähigkeit ganz offen damit gedroht – bleiben die Löhne hinter der Produktivitätsentwicklung zurück. Seit dem Ende der Siebzigerjahre sinkt daher in Westeuropa die Lohnquote während spiegelbildlich die Gewinnquote steigt.
- Dasselbe spielt sich bei den Steuern ab: Nicht nur Unternehmen, auch Finanzkapital, große Vermögen und Spitzenverdiener sind mobil. Daher findet auch ein Standortwettbewerb zwischen den Staaten um die niedrigsten Unternehmenssteuer-, Kapitalertragsteuer-, Vermögenssteuer- und Spitzensteuersätze im Einkommenssteuerrecht statt. Wer zahlt Steuern und Sozialabgaben? Die Arbeitnehmer mit mittleren Einkommen, die mittleren Unternehmer, die Konsumenten ...  
Durch das schwindende Steueraufkommen fehlen den Staaten die Mittel, um in ausreichendem Masse in positive Standortfaktoren, in Forschung, Bildung und Infrastruktur zu investieren. Und es fehlen auch die notwendigen Mittel für eine Umfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme in Richtung einer stärkeren Steuerfinanzierung, was durch die demographische Entwicklung immer notwendiger werden würde.  
Das alles führt zum Paradox, dass wir immer reicher werden – BIP und Volkseinkommen wachsen Jahr für Jahr – und trotzdem müssen wir feststellen, dass wir uns Pensions- und Gesundheitssysteme auf dem bisherigen Niveau nicht mehr leisten können.
- Die hinter der Produktivitätsentwicklung zurückbleibenden Löhne und die Verunsicherung durch die Reformen der Sozialsysteme haben dazu geführt, dass in Europa die Binnennachfrage eingebrochen ist, womit sich der Teufelskreis schließt. Der Kreis schließt sich deshalb, weil eine der Hauptursachen für die hohe Arbeitslosigkeit die zu geringe Inlandsnachfrage ist, und die daraus resultierende hohe Arbeitslosigkeit wiederum Druck auf die Löhne macht und die Finanzierung der Sozialsysteme erschwert.

Das Kapitel "Standortwettbewerb und Handelsbeziehungen zwischen Industrie- und Schwellenländern" ist deshalb wichtig, weil viele die **extrem niedrigen Löhne der Schwellenländer für das größte Problem der Globalisierung halten. Um es vorweg zu nehmen: Sie sind es nicht!**

- Hauptursache des Lohnkostenvorteils der Schwellenländer sind nicht die Ausbeuterlöhne – viel mehr wird häufig nicht gezahlt – Hauptursache ist die Unterbewertung der Währungen der Schwellenländer gemessen in Kaufkraftparitäten.  
Das freilich ist nichts Böses sondern etwas ganz normales: Der Wert einer Währung bestimmt sich aufgrund von Angebot und Nachfrage auf den Währungsmärkten, also aufgrund des Waren- und Kapitalverkehrs.
- Diese "Währungsunterbewertung" stellt für die Industriestaaten keinen Nachteil sondern im Gegenteil einen Vorteil dar! Sie tauschen hochwertige und hochpreisige Produkte gegen arbeitsintensiv zu erzeugende Massenwaren. Solange die Leistungsbilanzen ausgeglichen sind oder die Defizite über langfristige Kapitalzuflüsse finanziert werden, stellt das kein wirkliches Problem dar!
- Warum wird es dann doch als Problem empfunden? Weil für die Erzeugung der hochwertigeren Produkte weniger Arbeitskräfte notwendig sind, als in den verlagerten oder verloren gegangenen Industrien beschäftigt waren.

### Wie wäre das zu lösen?

Von den Industriestaaten müssten zwei Herausforderungen bewältigt werden:

- ⇒ Zum Ersten muss die Politik für Exzellenz bei Bildung/Ausbildung, Forschung und Infrastruktur sorgen, um den Strukturwandel angebotsseitig möglich zu machen.
- ⇒ Zum Zweiten muss für das notwendige Wachstum gesorgt werden, um steigende Arbeitslosigkeit zu verhindern. Denn die Produktion hochwertiger Erzeugnisse ist in der Regel weniger arbeitsintensiv, also produktiver und die Arbeitsproduktivität wächst zudem Jahr für Jahr. Oder aber es müsste die Arbeitszeit laufend verkürzt werden – auch das wäre möglich. Jobs für Geringqualifizierte entstünden bei beiden Strategien in den Branchen, die nicht verlagert werden können.

Der Bewältigung beider Herausforderungen stehen aber die Rahmenbedingungen der neoliberal geprägten Globalisierung entgegen:

- Wesentliche Voraussetzung für ein ausreichendes Wachstum wäre ein hohes Wachstum der Inlandsnachfrage – und dafür wäre eine am Produktivitätswachstum orientierte Lohnentwicklung notwendig. Der negative Standortwettbewerb zwischen den Industriestaaten verhindert genau das – und genauso verhindert er eine Arbeitszeitverkürzung.
- Die Austrocknung ganzer Steuerarten durch den globalen Steuerwettbewerb erschwert die Finanzierung der angebotsseitig notwendigen Maßnahmen.
- Eine Abfederung des Strukturwandels wird zusätzlich dadurch erschwert, dass eine expansive staatliche Nachfragepolitik in kleineren europäischen Nationalstaaten ohne internationale Koordination kaum nachhaltige Wirksamkeit entfalten kann und zudem ebenfalls an Finanzierungsgrenzen stößt.

**Letzte – entscheidende – Frage im Analyseteil:** Was kann eine Europäische Föderation in der unter neoliberalen Vorzeichen globalisierten Welt und was kann sie nicht? Ist eine ökosozial-marktwirtschaftliche Politik unter diesen Rahmenbedingungen möglich?

- ⇒ Eine ökosozial-marktwirtschaftliche Politik müsste auf eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik, auf die Wiederherstellung des Vertrauens in die sozialen Sicherungssysteme und auf ein sozial gerechtes und ökologisch wirksames Steuersystem setzen. Das höhere Steueraufkommen müsste für Infrastruktur, Forschung und Bildung genutzt werden.
- ⇒ Im Gegensatz zu kleineren europäischen Nationalstaaten wären die nachfrageseitigen Effekte deutlich höher weil aufgrund der geringeren außenwirtschaftlichen Verflechtung nur ein geringer Teil der Multiplikator- und Akzeleratoreffekte im Ausland verpufft. Die Arbeitslosigkeit sollte mit einer solchen Politik also jedenfalls sinken.

Nur wo ist der Hacken?

Das Szenario kann unter den gegebenen neoliberalen Rahmenbedingungen nicht Realität werden. Denn auch eine Europäische Föderation stünde im negativen internationalen Standortwettbewerb.

- ⇒ Aufgrund der höheren Löhne und Steuern würden wohl massenhaft Unternehmen die Produktionsstandorte ins günstigere Ausland verlagern und die europäische Nachfrage über Exporte bedienen. Die positiven Standortvorteile würden nicht ausreichen, um ausreichend Industrie in Europa zu halten und eine dramatisch negative Leistungsbilanzentwicklung zu verhindern.
- ⇒ Es käme zu Kapitalflucht – aufgrund der hohen Steuern und aufgrund der negativen Entwicklung der Wirtschaft.
- ⇒ Vermögende Personen würden ihre Wohnsitze ins Ausland verlegen ...

Die Folgen wären:

- ⇒ Hohe Arbeitslosenraten die in weiterer Folge die Binnenkonjunktur einbrechen lassen würden;
- ⇒ Rückläufige Steuereinnahmen und Beitragsleistungen für die sozialen Sicherungssysteme würden Einschnitte im Sozialbereich unumgänglich machen und die Krise verstärken ...
- ⇒ Durch die negative Leistungsbilanzentwicklung und die Kapitalflucht würde der Euro dramatisch an Wert verlieren. Die teurer gewordenen Importe würden die Inflation anheizen und die Krise verstärken.
- ⇒ Zusammenfassend: Die europäische Föderation würde auf einen im Wesentlichen neoliberalen Kurs zurück gezwungen werden.

Kommen wir zu den **Schlussfolgerungen**:

- In einer deregulierten d.h. neoliberal geprägten Weltökonomie kommen die Vorteile einer fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung und eines freien Kapitalverkehrs nicht zur Geltung.
- Nicht nur dass ordnungspolitische Rahmenbedingungen und eine politische Verteilungskomponente in der Weltwirtschaft fehlen – die neoliberale Globalisierung führt auch zur Auflösung nationaler ordnungspolitischer Rahmenbedingungen und nationaler sozialer Sicherungssysteme.
- Der Verlust des Primats der Politik über die Wirtschaft ist die entscheidende Schattenseite der neoliberal geprägten Globalisierung.
- Unter diesen Voraussetzungen steuert die Menschheit weiter auf eine Katastrophe – auf eine soziale, aber vor allem auf eine ökologische Katastrophe zu.
- Aus der Sicht einer Europäischen Föderation reicht daher eine Kombination von Politiken unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht aus – es müssen die Rahmenbedingungen selbst geändert werden.
- **Eine andere Form der Globalisierung ist notwendig: Die Globalisierung der Ökosozialen Marktwirtschaft!**

**Nun, liebe Freunde kommen wir zum zweiten Teil des Papiers – dem Konzeptteil:**

Wenn das Ziel die Globalisierung der Ökosozialen Marktwirtschaft ist, dann braucht es einen Plan, wie dieses Ziel zu erreichen ist.

Erste, beste Möglichkeit – die Erreichung des Ziels quasi in einem Schritt:

Um das Ziel in einem Schritt zu erreichen, bedürfte es eines Konsenses zwischen den entscheidenden weltwirtschaftlichen "Global Players", den USA, Europa und Japan.

In dieser Triade und auch in den weltwirtschaftlichen Institutionen wie IMF oder WTO hätte eine große Europäische Föderation jedenfalls ein höheres Gewicht als die einzelnen europäischen Nationalstaaten oder auch die inhomogene und uneinige Europäische Union.

Ein solcher neuer "Weltkonsens" für eine globale Ökosoziale Marktwirtschaft würde einen Meinungs- und Politikumschwung in den USA voraussetzen – was wohl mehr als unrealistisch ist. Daher soll hier ein anderer Weg vorgeschlagen werden – ein Weg der nur auf Europa setzt.



Ich möchte hier **Jeremy Rifkin** zitieren:

**"Der Europäische Traum ist weit besser geeignet (als der amerikanische), um die Herausforderungen einer zunehmend vernetzten und globalisierten Welt zu bestehen."**

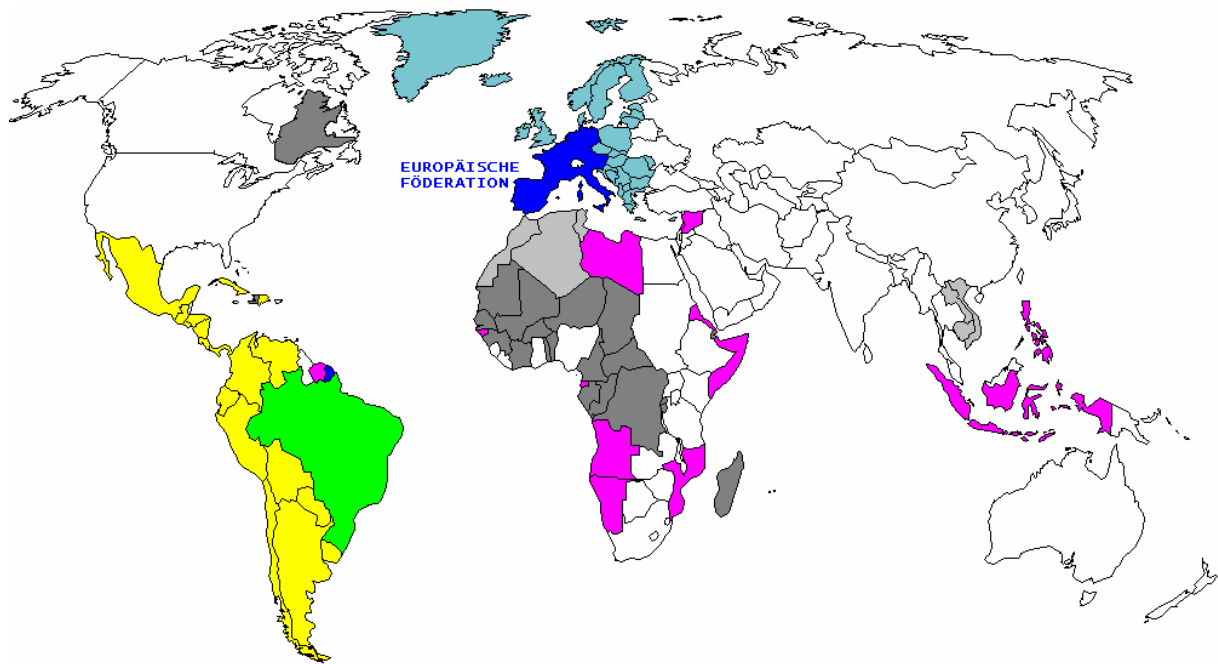
**Nun, wie sieht das Konzept im Groben aus?**

Die Europäische Föderation – und nur sie hätte die notwendige Kraft und das nötige Gewicht – die Europäische Föderation würde eine zur neoliberalen Globalökonomie parallele ökosoziale Globalökonomie aufbauen, die mit dieser in einen Systemwettbewerb eintritt.

- ⇒ Dazu müsste die Föderation zunächst selbst einen Politikwechsel hin zu einer konsequenten Umsetzung eines ökosozial-marktwirtschaftlichen Wirtschafts- und Sozialmodells vollziehen.
- ⇒ In einem weiteren Schritt müsste dieses Konzept in der Europäischen Union durchgesetzt werden. Das sollte angesichts des Gewichts der Föderation in der Union kein allzu großes Problem darstellen.
- ⇒ In einem dritten Schritt wäre dann ein Kreis von assoziierten Schwellen- und Entwicklungsländern um die Union herum aufzubauen, die ebenfalls willens sind, einen ökosozialen Weg einschlagen.

Die Karte hier soll nur die Fantasie anregen – sie zeigt, mit welchen Staaten von Seiten der EF sprachliche oder historische Beziehungen bestehen, wo also Anknüpfungspunkte für die Bildung einer ökosozialen Staatengruppe vorhanden sein könnten.

**Staaten mit sprachlichen und historischen Beziehungen zu Föderationsstaaten:**



- Dunkel- und Hellblau:** Europäische Union 2020
- Dunkelgrau:** Französisch als Mutter- oder Amtssprache
- Hellgrau:** teilweise Französisch als Unterrichtssprache
- Gelb:** Spanisch als Muttersprache
- Grün:** Portugiesisch als Muttersprache
- Violett:** Staaten mit historischen Beziehungen zu Föderationsstaaten;

In Lateinamerika findet ja gerade eine politische Wende weg vom Neoliberalismus statt, eine Entwicklung die ökosozialen europäischen Ambitionen durchaus entgegenkommt.

Diesen friedlichen und freundschaftlichen Systemwettbewerb – davon bin ich überzeugt – diesen Systemwettbewerb könnten und würden wir gewinnen. Die ökosoziale Staatengruppe wird nicht nur bei Umweltkompatibilität und Verteilungsgerechtigkeit vorne sein – sondern auch bei Produktivität,



Wachstum, Beschäftigung und technologischer Entwicklung. Wenn dem so ist, und ich bin davon überzeugt, dann würden sich wohl mehr und mehr Staaten diesem Weg anschließen. Ein Politikwechsel in den USA ist dann der entscheidende Durchbruch in Richtung einer Globalisierung der Ökosozialen Marktwirtschaft.

Die Frage, die sich für die Zeit der Systemkonkurrenz stellt ist die: Wie kann ein gleichberechtigtes Miteinander eines Systems einer ökosozial regulierten Globalökonomie und einer weitgehend deregulierten Globalökonomie organisiert werden?

Wir haben versucht, darauf eine Antwort zu finden – sie muss nicht der Weisheit letzte Schluss sein und wir sind für jeden Diskussionsbeitrag dankbar, der etwas zur Verbesserung des Konzepts beiträgt.

Ich werde das Konzept nun parallel zum Papier in drei Abschnitten erläutern:

- Wie würde die Systemkonkurrenz organisiert werden können?
- Wie würde unter diesen geänderten Rahmenbedingungen eine ökosoziale Politik in der Europäischen Union funktionieren?
- Und schlussendlich, wie könnte man eine ökosoziale Staatengruppe rund um die EU aufbauen und diese Staaten in die ökologisch-soziale Globalökonomie integrieren?

#### **Zunächst zum ersten Punkt - der Systemkonkurrenz:**

- ⇒ Um den Primat der Politik über die Wirtschaft wiederzugewinnen – um also überhaupt ökosoziale Politik betreiben zu können – muss sich eine ökosoziale Staatengruppe
- vor der Abwanderung von industrieller Produktion,
  - vor dem Abfluss von Finanzkapital
  - und vor der Steuerflucht
- in liberal-marktwirtschaftliche Staaten oder Niedrigsteuergelände schützen können.
- ⇒ Das ist – und einen besseren Weg haben wir nicht gefunden, und manche von uns sind mit dieser Lösung nicht sonderlich glücklich – nur durch
- Kapitalverkehrskontrollen
  - und Ausgleichsabgaben für ökologisches - und Lohn/Sozialdumping möglich.

Innerhalb der ökosozialen Staatengruppe allerdings würde freier Handel und freier Kapitalverkehr herrschen.

Die Kapitalverkehrskontrollen wird man in der Praxis als Melde- und Genehmigungspflicht vor allem der Banken gestalten müssen.

- Die Bezahlung von Warenimporten wäre nur meldepflichtig.
- Direktinvestitionen wären dagegen genehmigungspflichtig und unter dem Blickwinkel der Verhinderung des Abflusses von Finanzkapital kritisch zu hinterfragen.
- Spekulative Finanzinvestments wären selbstverständlich nicht genehmigungsfähig.

Was folgt daraus für den Wechselkurs zwischen den Währungen der ökosozialen und der liberalen Staaten? Nun, sie könnten weiter frei floaten – und der Wechselkurs würde sich primär an der Leistungsbilanzentwicklung orientieren.

Die Ausgleichsabgaben für Sozial/Lohn- und Umweltdumping an den Außengrenzen der ökosozialen Länder für Importe aus liberal-marktwirtschaftlichen Staaten hätten den Zweck, den an sich freien Handel fair zu machen. Sie müssten in der WTO verhandelt werden – sollte dies nicht gelingen, müsste die ganze ökosoziale Staatengruppe eben aus der WTO austreten.

Jetzt unter den geänderten globalen Rahmenbedingungen wäre in der Föderation bzw. in der EU jene ökosoziale Politik möglich, die wir unter den Rahmenbedingungen des globalen Neoliberalismus für unrealisierbar erklären mussten.

## Wie könnte nun so eine ökosoziale Politik in Europa ausschauen?

Die EU-Verträge und auch die Tatsache, dass der Euro auch die Währung von anderen EU-Ländern sein wird, bedingen, dass die ökosoziale Politik in Europa auf Unionsebene gemacht werden muss. D.h. die Außengrenzen, an denen Ausgleichsabgaben eingehoben werden, sind die Grenzen der Union, nicht die der einzelnen Unionsmitglieder! Die Union ist innerhalb der Ökosozialen Staatengruppe ein einheitlicher Wirtschaftsraum – wirtschaftspolitisch quasi ein Land!

Aufgrund des Außenschutzes gegenüber den liberalen Staaten und aufgrund der ökosozialen Rahmenbedingungen innerhalb der Ökosozialen Staatengruppe, greifen jetzt die wirtschaftspolitischen Instrumente wieder! Der negative Standortwettbewerb ist ausgeschaltet.

Was sind die großen Herausforderungen in Europa?

- Wir müssen den Strukturwandel, der sich aus der internationalen Arbeitsteilung ergibt, bewältigen.
- Wir brauchen endlich wieder Vollbeschäftigung.
- Wir müssen das Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme wieder herstellen.
- Wir brauchen Verteilungsgerechtigkeit.
- Und wir müssen die Soziale Marktwirtschaft ökologisieren. Konkret heißt das: Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe, Ressourcenschonung, Aufbau einer Kreislaufwirtschaft ...

### Wie ist das alles zu machen?

Der Wettbewerb der reichen EU-Staaten einschließlich der Föderation mit den östlichen EU-Ländern sowie der gesamten Union mit den außereuropäischen Staaten der Ökosozialen Staatengruppe erfordert einen Strukturwandel, wie wir es ja schon im Analyseteil angesprochen haben.

Durch angebots- und nachfrageseitige Politik kann dieser nun so gestaltet werden, dass es zu keiner Erhöhung der Arbeitslosenzahlen kommt und dass zudem auch wieder Vollbeschäftigung erreicht wird.

- ⇒ Angebotsseitig ist auf die ständige Verbesserung der Bildung/Ausbildung der Bevölkerung, auf eine Top-Position bei Forschung und Entwicklung und auf eine bestens ausgebaute Infrastruktur zu setzen.
- ⇒ Solche Infrastrukturinvestitionen stellen gleichzeitig auch eine nachfrageseitige Maßnahme dar, ebenso wie Investitionen in die militärische Sicherheit der Föderation, und sie sind geeignet, die Binnennachfrage durch Initialisierung von Multiplikator- und Akzeleratoreffekten auf ein dauerhaft höheres Niveau zu heben.
- ⇒ Von besonderer Bedeutung ist die ausreichende Dotierung der Transfers in die ärmeren EU-Länder. Sie wirken ebenfalls angebots- wie nachfrageseitig!
- ⇒ Für die Wirksamkeit der nachfrageseitigen Maßnahmen ist es entscheidend, die Nachfrage im gesamten Wirtschaftsraum auf ein Niveau zu bringen, auf welchem Vollbeschäftigung herrscht. Dann nämlich werden die Reallöhne wieder im Ausmaß des Produktivitätswachstums steigen und das Vertrauen in die Wirtschaft wachsen. Die gestiegene Massenkaufkraft wird in Folge für eine wachsende Binnennachfrage und einen selbsttragenden Aufschwung sorgen.
- ⇒ Weil unter Vollbeschäftigungsbedingungen die Löhne schneller wachsen wird das den Aufholprozess der ärmeren EU-Staaten beschleunigen.
- ⇒ Schließlich wird eine wachsende Wirtschaft auch Arbeitsplätze für Geringqualifizierte in jenen Sektoren schaffen, die nicht in billigere Länder verlagert werden können.
- ⇒ Zudem wird die durch Ökosteuern geschaffene Kostenwahrheit beim Transport Produktion in Hochlohnländern auch dann noch konkurrenzfähig machen, wenn diese aufgrund eines unmittelbaren Vergleichs nicht mehr gegeben wäre.

Die Steuerpolitik kann sich

- an den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit,
- der Nachhaltigkeit der Produktionsmethoden,
- und der Umweltverträglichkeit des Konsumverhaltens orientieren.

Das bedeutet u.a.:

- ⇒ Die Ausweitung der Bemessungsgrundlage für die Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen auf die gesamte Wertschöpfung um diese von der demographischen Entwicklung abzukoppeln,
- ⇒ ein progressives Einkommens- und Körperschaftssteuerrecht,
- ⇒ die Abschaffung der Steuerprivilegien für Kapitaleinkünfte,
- ⇒ eine Umsatzsteuer auf Kapitaltransaktionen, um kurzfristige Spekulation unattraktiv zu machen ohne langfristigen Investments zu schaden
- ⇒ sowie Ökosteuern zur Herstellung der ökologischen Kostenwahrheit.

### **Letzte Frage: Wie könnte eine größere assoziierte ökosoziale Staatengruppe mit Ländern in Lateinamerika, Afrika, Asien und Osteuropa gebildet werden?**

Nun, zu diesem Zweck müssten Partnerländer gewonnen werden, die ebenfalls einen ökosozialmarktwirtschaftlichen Weg einschlagen wollen.

- ⇒ Als entscheidenden ökonomischen Anreiz sehen wir einen großzügigen "Global Marshallplan" seitens der Europäischen Union.
- ⇒ Auch müssten in den Schwellen- und Entwicklungsländern jene politischen Kräfte unterstützt werden, die sich eine ökologisch wie sozial nachhaltige Entwicklung ihrer Länder zum Ziel gesetzt haben.

Voraussetzung für Geldflüsse aus dem "Global Marshallplan" müsste Transparenz und entschiedene Korruptionsbekämpfung sein, was durch eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung in den Partnerländern erleichtert wird. Hohe Vermögenssteuern und die Enteignung von übermäßigem, gemeinwohlschädlichen Landbesitz und dessen Aufteilung unter die landlosen Bauern sind daher notwendig. Betonen möchte ich, dass die Forderung nach Enteignung von Latifundien eine Forderung der Konzils-Enzyklika "Gaudium et spes" wie auch von "Populorum progressio" ist.

Die Gelder aus dem "Global Marshallplan" sind

- ⇒ für den Aufbau der Binnenmärkte,
- ⇒ für Bildung und Gesundheitsversorgung
- ⇒ sowie für Investitionen in die Infrastruktur zu verwenden.

Ausreichend hohe Mittel werden die Volkswirtschaften angebots- wie nachfrageseitig stimulieren. Durch eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik und steigende Masseneinkommen sollte der Aufschwung selbsttragend werden. Der steigende Wohlstand und der dadurch mögliche Ausbau der sozialen Sicherungssysteme werden zu einem Rückgang des Bevölkerungswachstums führen, was Basis für weitere Wohlstandssteigerungen und eine auch ökologisch nachhaltige Politik ist. Die Steuerpolitik würde sich an denselben Prinzipien wie in den EU-Staaten orientieren.

Zur Förderung stabiler Handelsbeziehungen zwischen den ökosozialen Staaten schlagen wir ein System fixer Wechselkurse mit dem Euro als Leitwährung vor, die bei fundamentalen Ungleichgewichten anzupassen wären. Nachhaltige Zahlungsbilanzüberschüsse eines assoziierten Staates würden die Aufwertung von dessen Währung zur Folge haben, wodurch der Wohlstand steigt und gleichzeitig die Wettbewerbsposition verschlechtert wird.

Der Freihandel zwischen den EU-Staaten und den assoziierten ökosozialen Staaten würde also unter ökosozialen Rahmenbedingungen für beide Seiten von Vorteil sein. Dem Sozialgefüge der EU-Staaten würde er nicht schaden. Die Kostenwahrheit im Verkehr begünstigt zudem die regionale Produktion auch bei größeren Lohnkostenunterschieden, was sich aufgrund der größeren räumlichen Distanzen zwischen der EU und den assoziierten Staaten sogar stärker auswirkt als innerhalb der Union.

Manche werden jetzt sagen – eine Utopie. Wir, ich sage eine Vision – und

### **"Die Visionäre sind die wahren Realisten der Geschichte"**

(Helmut Kohl, deutscher Altbundeskanzler)